



RECHTSANWÄLTE WIGGE

BERATUNG IM MEDIZINRECHT



# Aktuelle Fragen der Rechnungs- und Wirtschaftlichkeitsprüfung durch die Kassenärztlichen Vereinigungen

**Rechtsanwalt René T. Steinhäuser**  
**Rechtsanwälte Wigge, Hamburg**  
**Lehrbeauftragter an der Hochschule Fresenius,**  
**Hamburg**

**Management-Workshop**  
**95. Deutscher Röntgenkongress**  
**Hamburg, 30.05.2014**

Deutsche Röntgengesellschaft





## Wirtschaftlichkeitsgebot

### § 12 SGB V „Wirtschaftlichkeitsgebot“

(1) Die Leistungen müssen **ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich** sein; sie dürfen das Maß des **Notwendigen nicht überschreiten**. Leistungen, die nicht notwendig oder unwirtschaftlich sind, können Versicherte nicht beanspruchen, dürfen die Leistungserbringer nicht bewirken und die Krankenkassen nicht bewilligen. [...]



## Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen

**Das Kernproblem der Wirtschaftlichkeit liegt in den divergierenden Interessen der Versicherten, der Vertragsärzte und Kostenträgern bzw. der Versichertengemeinschaft.**

**Versicherte: Besteht ein Interesse an einer wirtschaftlichen Behandlung?**

**Vertragsarzt: Patientenwohl, Therapiefreiheit, unternehmerisches Denken, Haftung.**

**Kostenträger: Spardiktat, Versichertenbeiträge**



## Abrechnungsprüfung

- 1. Sachlich-rechnerische Prüfung**
  - **Plausibilitätsprüfung nach § 106a SGB V**
- 2. Prüfung der Qualität der Leistungserbringung**
  - **Qualitätsbeurteilungsrichtlinien des G-BA**
- 3. Honorarverteilungsmaßnahmen**
  - **Abstaffelung**
- 4. Schadensersatz**
  - **unwirtschaftliche Verordnung, falsche Auskünfte**



## Wirtschaftlichkeits- und Abrechnungsprüfung

**Sachlich-rechnerische  
Prüfung**

**Wirtschaftlichkeitsprüfung**

**Prüfung der Qualität**

**Honorarverteilungsmaßnahmen**

**Schadensersatzansprüche**

**Kassenärztliche  
Vereinigung**

**Prüfungsgremien**



## Wirtschaftlichkeit

### Rechtsgrundlagen der Wirtschaftlichkeitsprüfungen:

- § 106 SGB V i.V.m. §§ 12 Abs. 1 und 70 Abs. 1 S. 2 SGB V
- Wirtschaftlichkeitsprüfungs-Verordnung
- Prüfvereinbarung der jeweiligen Kassenärztlichen Vereinigung
- umfangreiche Rechtsprechung des BSG



## Prüfgremien

Die **Prüfstelle ist unabhängig** und entscheidet unter Beachtung der gesetzlichen und vertraglichen Vorgaben. Daneben führt die Prüfstelle die Geschäftsstelle des Beschwerdeausschusses.

### Wie ist der Beschwerdeausschuss zusammengesetzt?

- drei Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung
- drei Vertreter der Krankenkassen
- ein unabhängiger Vorsitzender

**Die Dauer der ehrenamtlichen Tätigkeit beträgt zwei Jahre.**



## Prüfungsablauf

Die Prüfstelle entscheidet nach einer Anhörung/Stellungnahme des Vertragsarztes darüber ob sie

- schriftlich berät oder
- einen Prüfbescheid erlässt



Gegen die Entscheidung kann durch den Vertragsarzt, die Kassenärztliche Vereinigung, eine Krankenkasse oder den Krankenkassenverband **Widerspruch** eingelegt werden.





## Prüfungsablauf

Entscheidung des  
Beschwerdeausschusses



Gegen die Entscheidung kann durch den  
Vertragsarzt, die Kassenärztliche  
Vereinigung, eine Krankenkasse oder den  
Krankenkassenverband **Klage** erhoben  
werden.



## Auffälligkeits-/ Zufälligkeitsprüfung

Auffälligkeitsprüfung:

Rechtsgrundlage § 106 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 SGB V i.V.m.

§ 84 SGB V **nicht mehr als 5% einer Facharztgruppe**

Zufälligkeitsprüfung:

Rechtsgrundlage § 106 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 SGB V **mindestens 2% der Ärzte pro Quartal**



## Wirtschaftlichkeitsprüfung

### Ablauf des Prüfverfahrens

Kann die Praxis mit den vorgesehenen Verfahren überhaupt geprüft werden? Bei Richtgrößenprüfungen nach § 106 Abs. 5 a SGB V muss eine Vorabprüfung hinsichtlich etwaiger Praxisbesonderheiten erfolgen.

Hat der Radiologe unwirtschaftlich gehandelt?

Die Höhe der durch das unwirtschaftliche Handeln tatsächlich entstandenen **Mehrkosten** werden ermittelt.

Festsetzung des Regresses



## Wirtschaftlichkeitsprüfung

Am Ende einer Wirtschaftlichkeitsprüfung steht neben der Erledigung der

### **Honorarregress.**

Dem Widerspruch gegen die Entscheidung der Prüfstelle kommt eine aufschiebende Wirkung zu.

Die Klage gegen die Entscheidung des Beschwerdeausschusses hat **keine aufschiebende Wirkung.**



## Wirtschaftlichkeitsprüfung

Gegenstand der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit in den Prüfungen nach § 106 Abs. 2a SGB V sind:

die medizinische Notwendigkeit der Leistungen (**Indikation**),

die Eignung der Leistungen zur Erreichung des therapeutischen oder diagnostischen Ziels (**Effektivität**),

die Übereinstimmung der Leistungen mit den anerkannten Kriterien für ihre fachgerechte Erbringung (**Qualität**), insbesondere mit den in den Richtlinien der Bundesausschüsse enthaltenen Vorgaben,

die Angemessenheit der durch die Leistungen verursachten Kosten im Hinblick auf das Behandlungsziel.



## § 106 Abs. 2, 3 SGB V

Ausgangspunkt: Prüfungsantrag einer Krankenkasse

Beispiel Kontrastmittelprüfung:

verordnet waren: 40.000ml KM

Abrechnung der GOP 34440 EBM in 1000 Fällen

Abrechnung der GOP 34452 EBM in 500 Fällen

**Wirtschaftlich**

500 MRT-Untersuchungen mit KM

Durchschnittlicher Verbrauch KM: 0,4 ml/kg

Durchschnittliches Patientengewicht: 80kg

max. Verbrauch: 48.000ml

**Wirtschaftlich?**

**Unwirtschaftlich?**



## § 106 Abs. 2, 3 SGB V

Weiteres Beispiel Kontrastmittelprüfung:

verordnet waren: 100.000ml KM

Abrechnung der GOP 34343 34344 EBM in 200 Fällen

max. 1.500 MRT-Untersuchungen

**Unwirtschaftlich, Regress ca. 80.000 Euro**

€ pro Patient

max. Verbrauch: 14.000ml

**Wirtschaftlich?**

**Unwirtschaftlich?**



## Sprechstundenbedarf

### Nach der Sprechstundenbedarfs-Vereinbarung gilt:

*Einmaliger Ersatz für den Verbrauch im Vorquartal innerhalb der ersten drei Wochen nach Quartalsschluss*

*Wichtig und zu beachten:*

- **einmalig**
- **spiegelt den Verbrauch des Vorquartals wieder**





## Sprechstundenbedarf

**Nicht nach der Sprechstundenbedarf-Vereinbarung abrechenbar sind z.B.:**

- Triamhexal:** langwirksame und Depotcorticoide sind nicht im SSB anzufordern
- Volon A:** langwirksame und Depotcorticoide sind nicht im SSB anzufordern
- Discofix:** nicht Gegenstand der SSB-Vereinbarung

**Die Nettokosten sind von dem Radiologen zu erstatten.**



## § 197a SGB V

### Stellen zur Bekämpfung von Fehlverhalten im Gesundheitswesen

*(1) Die Krankenkassen, wenn angezeigt ihre Landesverbände, und der Spitzenverband Bund der Krankenkassen richten organisatorische Einheiten ein, die Fällen und Sachverhalten nachzugehen haben, die auf **Unregelmäßigkeiten** oder auf **rechtswidrige oder zweckwidrige Nutzung von Finanzmitteln** im Zusammenhang mit den Aufgaben der jeweiligen Krankenkasse oder des jeweiligen Verbandes hindeuten.*

*(2) Jede Person kann sich in Angelegenheiten des Absatzes 1 an die Krankenkassen und die weiteren in Absatz 1 genannten Organisationen wenden. Die Einrichtungen nach Absatz 1 gehen den Hinweisen nach, wenn sie auf Grund der einzelnen Angaben oder der Gesamtumstände glaubhaft erscheinen.*



## § 197a SGB V

### Stellen zur Bekämpfung von Fehlverhalten im Gesundheitswesen

*(4) Die Krankenkassen und die weiteren in Absatz 1 genannten Organisationen sollen die **Staatsanwaltschaft unverzüglich unterrichten**, wenn die Prüfung ergibt, dass ein **Anfangsverdacht** auf strafbare Handlungen mit nicht nur geringfügiger Bedeutung für die gesetzliche Krankenversicherung bestehen könnte.*

*(5) Der Vorstand der Krankenkassen und der weiteren in Absatz 1 genannten Organisationen hat dem Verwaltungsrat im Abstand von zwei Jahren über die Arbeit und Ergebnisse der organisatorischen Einheiten nach Absatz 1 zu berichten. Der Bericht ist der zuständigen Aufsichtsbehörde zuzuleiten.*



## § 81a SGB V

# Stellen zur Bekämpfung von Fehlverhalten im Gesundheitswesen

[...]

*(2) Jede Person kann sich in den Angelegenheiten des Absatzes 1 an die Kassenärztlichen Vereinigungen und Kassenärztlichen Bundesvereinigungen wenden. Die Einrichtungen nach Absatz 1 gehen den Hinweisen nach, wenn sie auf Grund der einzelnen Angaben oder der Gesamtumstände glaubhaft erscheinen.*



## § 81a SGB V

# Stellen zur Bekämpfung von Fehlverhalten im Gesundheitswesen

*(4) Die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Kassenärztlichen Bundesvereinigungen sollen die **Staatsanwaltschaft unverzüglich unterrichten**, wenn die Prüfung ergibt, dass **ein Anfangsverdacht** auf strafbare Handlungen mit nicht nur geringfügiger Bedeutung für die gesetzliche Krankenversicherung bestehen könnte.*

*[...]*



## Prüfungsverfahren

**Krankenkasse**

**Kassenärztliche  
Vereinigung**

**Prüfungsstelle**

**Staatsanwaltschaft**



## Wirtschaftlichkeitsgebot

### § 12 Abs. 3 SGB V „Wirtschaftlichkeitsgebot“

*Hat die Krankenkasse Leistungen **ohne Rechtsgrundlage** oder entgegen geltendem Recht erbracht und hat ein Vorstandsmitglied hiervon gewusst oder hätte es hiervon wissen müssen, hat die zuständige Aufsichtsbehörde nach Anhörung des Vorstandsmitglieds den Verwaltungsrat zu veranlassen, das Vorstandsmitglied auf **Ersatz** des aus der Pflichtverletzung **entstandenen Schadens** in Anspruch zu nehmen, falls der Verwaltungsrat das Regressverfahren nicht bereits von sich aus eingeleitet hat.*



## Haftung des KV-Vorstandes – ein Hindernis?

### § 106 Abs. 4b SGB V

Werden Wirtschaftlichkeitsprüfungen nicht in dem vorgesehenen Umfang oder nicht entsprechend den für ihre Durchführung geltenden Vorgaben durchgeführt, **haften** die zuständigen **Vorstandsmitglieder** der Krankenkassenverbände und **Kassenärztlichen Vereinigungen** für eine ordnungsgemäße Umsetzung dieser Regelung. [...]

Diese Haftungsregelung findet auch im Falle einer „misslungenen“ Abrechnungsprüfung (Plausibilitätsprüfung) nach § 106a Abs. 7 SGB V Anwendung.





## Zusätzliche Rechtsfolge bei dauerhaften Verstößen für (gegen) den Radiologen

### ➤ Disziplinarverfahren

- Verfehlung,
- Verwarnung,
- Verweis,
- Geldbuße bis 10.000,- Euro

### ➤ Zulassungsentzug, § 95 Abs. 6 Satz 1 SGB V, *„gröbliche vertragsärztliche Pflichtverletzung“*



RECHTSANWÄLTE WIGGE

BERATUNG IM MEDIZINRECHT

# Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Rechtsanwalt René T. Steinhäuser**  
**Rechtsanwälte Wigge, Hamburg**  
**Lehrbeauftragter an der Hochschule Fresenius, Hamburg**

48151 Münster  
Scharnhorststr. 40  
Tel. (0251) 53595-0  
Fax (0251) 53595-99

20354 Hamburg  
Neuer Wall 44  
Tel. (040) 3398705-90  
Fax (040) 3398705-99

50931 Köln  
Aachener Str. 75  
Tel. (0221) 800683-47  
Fax (0221) 800683-48

81671 München  
Großvenedigerstr. 23b  
Tel. (089) 124737-16  
Fax (089) 124737-87

Internet: [www.ra-wigge.de](http://www.ra-wigge.de)  
Email: [hamburg@ra-wigge.de](mailto:hamburg@ra-wigge.de)